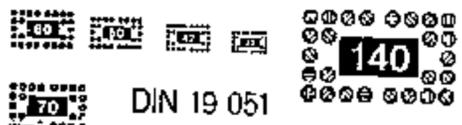


Jugend, GIB ACHT!



DIN 19 051



38525

Kommunistische Agenten
greifen nach der deutschen Jugend

Die „Darmstädter Aktionsgruppe“

A38525

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn

P.V. 16963

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Inhaltsübersicht

Teilnehmer an einer verbotenen Veranstaltung	4
Die Gründung der „Darmstädter Aktionsgruppe“	5
„Landesausschüsse der Jugend gegen Rekrutierung“	6
Die „Erste große Beratung der Jugend“	7
Wer ist Dr. Nikolaus Koch?	7
Das „Westdeutsche Treffen der jungen Generation“	10
Ost-West-Gespräch mit FDJ-lern	10
Demokratische Jugend unbewußt auf kommunistischen Pfaden	12
„Gemeinschaft zur Tat in letzter Stunde“	13
Vorbereitung des Essener Treffens	14
Das „gesamtdeutsche Gespräch“ in Berlin	15
Schlußbemerkung	18

Der vorliegenden Darstellung lagen Informationsberichte und Schilderungen von Freunden zugrunde. Es ist selbstverständlich, daß alle in dieser Zusammenstellung enthaltenen Angaben sorgfältig überprüft sind und — wo der Beweis wegen der raffinierten kommunistischen Tarnmaßnahmen nicht erbracht werden kann — verschiedene übereinstimmende Informationen als Unterlagen dienten.

Seit dem Aufruf der „Darmstädter Aktionsgruppe“ zur „Jugendkarawane“ für den 11. Mai 1952 nach Essen, den die kommunistische Presse mit Schlagzeilen auf der ersten Seite veröffentlichte, beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit diesem Arbeitskreis, dessen Leiter der Geschäftsführer des Bruderrates der bekennenden Kirche, Pastor Herbert Mochalski, ist. Die „Jugendkarawane“ nach Essen sollte in einem großen Treffen von zehntausenden junger Menschen seinen Höhepunkt finden, auf dem gegen eine drohende deutsche Wiederbewaffnung protestiert werden sollte. Der Leiter der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, der ehemalige Bundesinnenminister Dr. Heineemann, Pastor Meier aus Düsseldorf und der Funktionär der „Falken“, Rudi Arndt, Frankfurt, sollten auf einer großen Kundgebung sprechen. Alle deutschen Jugendverbände waren aufgerufen, sich zu beteiligen und Teilnehmer nach Essen zu entsenden. Am 8. Mai 1952 meldete ein Herr Haumann aus Duisburg die Kundgebung im Namen Pastor Mochalski's beim Ordnungsamt der Stadt Essen an. Tags darauf wurde sie von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen verboten. Inzwischen waren nämlich aus einer Reihe von großen Städten Berichte eingegangen, daß die FDJ beabsichtige, den 11. Mai zum „Großkampftag“ zu machen, und politische Demonstrationen an verschiedenen Punkten der Stadt zu veranstalten. In einzelnen Städten wurde die Aufstellung besonderer Trupps beobachtet, die mit Schlagwerkzeugen bewaffnet wurden und offenbar für besondere Störaktionen in Essen vorgesehen waren. Da außerdem gerade eine große Ausstellung in Essen stattfand, die viele Menschen zusätzlich in die Stadt führte, war die Berechtigung zu einem Verbot aus Sicherheitsgründen gegeben.

Teilnehmer an einer verbotenen Veranstaltung

Trotzdem kamen tausende junger Menschen, z. T. Mitglieder demokratischer Jugendorganisationen, nach Essen. Sie wußten größtenteils nicht, daß sie sich an einer illegalen Veranstaltung beteiligten. Sie gerieten in Essen zwangsläufig in Gegensatz zu den staatlichen Ordnungs-

organen; von denen sie als Teilnehmer an einer verbotenen Veranstaltung betrachtet wurden. Sie protestierten später vielfach gegen eine Behandlung, über die sie sich eigentlich bereits bei ihrer Abreise klar sein mußten.

Ebenso aber, wie die kommunistische Presse auch nach dem Verbot noch zur Teilnahme aufrief, unterließ es die „Darmstädter Aktionsgruppe“, eine Erklärung zu dem Verbot der Veranstaltung abzugeben und die eingeladenen Teilnehmer aufzufordern, das Verbot zu respektieren. Da sich die verantwortlichen Vertreter des „Aktionskreises“ bereits auf dem Wege nach Ostberlin befanden, wo zu gleicher Zeit ein „gesamtdeutsches Gespräch“ mit Vertretern der Sowjetzone stattfinden sollte, lag seit Samstag, dem 10. Mai, die „Kampfleitung“ in Essen in den Händen des Sekretariatsmitgliedes des Parteivorstandes der KP und **Kaderspezialisten Oskar Neumann**, der bereits am Abend zuvor auf dem Parteilokal Instruktionen erteilte.

Die Ergebnisse des 11. Mai sind bekannt. Ein Toter und mehrere Verletzte waren das Ergebnis; für Tage bevorzugter Stoff der kommunistischen und sowjetzonalen Presse. Die Jugendlichen aber, die Nicht-Kommunisten, die dem Aufruf des „Darmstädter Aktionskreises“ gefolgt waren, haben das Recht, zu fragen, wie weit nach diesen Geschehnissen diese Gruppe selbst schon kommunistisch beherrscht ist, und das Gespräch in Ostberlin berechtigt umso mehr, eine Antwort auf diese Frage zu verlangen.

Die Gründung der „Darmstädter Aktionsgruppe“

Die „Darmstädter Aktionsgruppe“ war ursprünglich ein studentischer Diskussionskreis, der mit besonderer Leidenschaft gegen die Remilitarisierungspolitik der Bundesregierung protestierte. Er lag politisch mit Pastor Niemöller auf einer Linie, der bekanntlich ebenfalls heftig gegen die Wiederbewaffnungspolitik der Regierung argumentiert und ihre einseitige Westorientierung bekämpft. Die Verwandtschaft zwischen der politischen Konzeption Pastor Niemöller's in der Wehrfrage und dem Anliegen der „Darmstädter Aktionsgruppe“ ist vielleicht auch darin zu suchen, daß der Gründer und Leiter des „Aktionskreises“, Pastor Mochalski, gleichzeitig der Geschäftsführer der Bekennenden Kirche in Darmstadt ist.

Pastor Mochalski stimmt auch darin mit seinem Kollegen Niemöller überein, daß er **keine Einwände** gegen die Betätigung von **Kommunisten** in seinem Kreise erhebt. So war es möglich, daß seit dem Sommer vorigen Jahres die in Darmstadt bekannten Kommunisten bzw. FDJ-ler Grabow, Bochert, Else Schäfer, Steinbeck, Möllner und Mary Durr in der

„Aktionsgruppe“ mitwirken durften, aber auf Mochalski's Geheiß keinen Aufruf mit unterzeichnen sollten.

Im Herbst 1951 entstanden auch an den Hochschulen Tübingen, Freiburg, Heidelberg, Mainz und Frankfurt ähnliche studentische „Aktionskreise“, die sich allerdings von kommunistischen Einflüssen weitgehend freihielten. In diesen Kreisen der jungen Generation wurden temperamentvolle Diskussionen geführt und gegen die Bewaffnung Deutschlands vom gesamtdeutschen Standpunkt und aus der Sicht der evangelischen Kirche Protestresolutionen gefaßt. Die Kontakte untereinander verstärkten den Eindruck von dem Widerstand, der von diesen Gruppen ausging.

Ende des Jahres 1951 schaltete sich — von Mochalski offenbar zunächst unbemerkt — der **Kaderapparat der KP** in Düsseldorf ein und schleuste verschiedene, bis dahin in der „Aktionsgruppe“ **unbekannte Leute ein**, um diesen Kreis dahin zu beeinflussen, seine Tätigkeit über Darmstadt hinaus auszudehnen und die deutsche Jugend zur „Aktion in letzter Stunde“ aufzurufen. Aus Bad Harzburg kam der „linke“ Katholik Dr. Nikolaus Koch dazu, der in der dortigen „Friedensakademie“ den Widerstand gegen Bonn nach dem Beispiel der gewaltlosen Politik Gandhis propagierte. Seine rhetorischen Fähigkeiten machten Dr. Koch in Kürze zum Stellvertreter des evangelischen Pastors Mochalski.

„Landesausschüsse der Jugend gegen Rekrutierung“

Parallel zu der Entwicklung der „Darmstädter Aktionsgruppe“ entstanden im Bundesgebiet sogenannte „**Landesausschüsse der Jugend gegen Rekrutierung**“. Obwohl organisatorisch voneinander unabhängig — denn eine Spitze auf Bundesebene existiert nicht —, **entsprang** die Gründung dieser „Landesausschüsse“ **der Initiative der FDJ**, veranlaßt vom Zentralkomitee der SED und gelenkt von der KP-Kaderzentrale in Düsseldorf. Den „Landesausschüssen“ gelang es in bis dahin ungewohntem Umfang auch aktive Vertreter nichtkommunistischer Jugendorganisationen zur Mitwirkung heranzuziehen, die sich dann mit den getarnten Kommunisten gemeinsam gegen den Generalvertrag und gegen eine deutsche Wiederbewaffnung betätigten. Den kommunistischen Funktionären bot die Beteiligung von Vertretern aus demokratischen Jugendorganisationen wiederum eine ausgezeichnete Gelegenheit, öffentlich für diese „überparteiliche“ Jugendgruppe zu werben. Infolgedessen sind tatsächlich manche junge Menschen in Unkenntnis des wahren Sachverhaltes zu Anhängern einer kommunistischen Organisation geworden. Am deutlichsten ist in Nordrhein-Westfalen die Lenkung durch KP-Funktionäre sichtbar, obgleich auch hier auf „**Überparteilichkeit**“ größter Wert gelegt wird.

Auf Grund der in letzter Zeit strikt eingehaltenen Geheimhaltung kann dem bloßen Zuschauer, dem keine Zusammenhänge bekannt sind und der auch die Akteure nicht erkennt, tatsächlich manches als „überparteilich“ erscheinen, was **lediglich geschickte kommunistische Regie** ist.

Die „Erste große Beratung der Jugend“

Am 20. Januar 1952 fand in Bochum die sogenannte „erste große Beratung der Jugend gegen Rekrutierung“ statt, an der etwa 200 Jugendliche aus dem Bundesgebiet teilnahmen. Die Leitung des Treffens lag in den Händen des ehemaligen Theologie-Studenten Arnold Haumann, der auch die Vorbereitungen für die spätere Kundgebung in Essen traf. **Dieser Herr Haumann ist einer der wichtigen getarnten kommunistischen Agenten.** Er ist 2. Vorsitzender des Landesausschusses Nordrhein-Westfalen des verbotenen „Hauptausschusses für Volksbefragung“. Haumann steht an dritter Stelle auf der Liste des Präsidiums der „Darmstädter Aktionsgruppe“.

Der verantwortliche Geschäftsführer des „Landesausschusses Nordrhein-Westfalen der Jugend gegen Rekrutierung“, **Karl Deringer**, der auf der Bochumer Tagung die Begrüßungsrede hielt, **ist ebenfalls Mitglied der KP.** Dem gewählten Redaktionskomitee gehörte neben drei ordentlichen Mitgliedern der angebliche Journalist **Herbert Schäfer** aus Duisburg an, der früher 2. Sekretär im Landesvorstand Nordrhein-Westfalen der FDJ (bis zu ihrem Verbot) war und **jetzt hauptberuflich als Org.-Instrukteurleiter des Zentralbüros der illegalen FDJ** tätig ist. Wer die Arbeitsmethode der Kommunisten auf solchen Tagungen kennengelernt hat, wundert sich nicht, daß bei dieser personellen Besetzung der Schlüsselpositionen die Veröffentlichungen ausgesprochen kommunistische Formulierungen enthalten. Die **Kommunisten pflegen im Hintergrund** zu bleiben, lassen die Fäden jedoch nicht aus den Händen. Im übrigen besteht die engste Bindung in der Finanzierung: die Kommunisten pflegen Fahrtkosten und Lohnausfall recht großzügig zu ersetzen.

Wer ist Dr. Nikolaus Koch?

Auf der Bochumer Tagung des „Arbeitsausschusses gegen Rekrutierung der Jugend“, von dem wegen der personellen Verflechtung mit der „Darmstädter Aktionsgruppe“ hier die Rede ist, erwähnte Deringer in seiner Begrüßungsansprache, er habe mit Pastor Niemöller verhandelt und ihn gebeten, an der Tagung teilzunehmen. Niemöller habe

aber ablehnen müssen und ihn an Pastor Mochalski verwiesen. Auch dieser erschien aber nicht persönlich, sondern entsandte seinen Vertreter, Dr. Nikolaus Koch, der in diesem Kreise mit bemerkenswerter Offenheit über den Widerstand gegen die Regierung der Bundesrepublik sprach und zu „direkten Aktionen“ aufrief. Diese stets wiederkehrende Aufforderung an die Jugend steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der These von der Gewaltlosigkeit im Sinne Gandhis, die Koch dann im März auf dem öffentlichen Treffen der jungen Generation in Darmstadt vortrug. Dr. Koch's Bochumer Referat war in vieler Beziehung wesentlich interessanter als seine Rede auf der Mathilden-Höhe in Darmstadt. Man befand sich hier ja auch im engsten Kreise. Strikte Geheimhaltungsmaßnahmen sorgten dafür, daß keine Außenstehenden von der Tagung erfuhren.

Dr. Nikolaus Koch hielt es in Bochum für verderblich und „politisch unhaltbar“, daß die Bundesrepublik „mit beiden Beinen im Westen“ steht. Nach seiner Meinung sei die einzige Rettung Deutschlands eine neutrale Stellung im Ost-West-Konflikt. Er stellte vier Punkte auf:

1. Dafür zu sorgen, daß die deutsche politische, kulturelle und wirtschaftliche Theorie aus ihrer Enge herauskäme. Unter „Enge“ wird die einseitige Orientierung nach dem Westen verstanden.
2. Es gäbe zwei wichtige Termine in Westdeutschland:
 - a) Ratifizierung des Generalvertrages und Erlaß eines Wehrgesetzes,
 - b) die nächste Bundestagswahl, falls eine solche stattfände,
3. Schaffung von Voraussetzungen, um mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten und Durchführung der Zusammenarbeit,
 - a) z. B. „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“
 - b) keine einheitliche Friedensorganisation und
 - c) Beeinflussung der „vernünftigen“ Kreise in der SPD in der vom „Arbeitskreis gegen Rekrutierung“ vertretenen Richtung.
4. Aktiver Widerstand gegen Rüstung, Rekrutierung.

Am Schluß seines Referats erklärte Koch unter dem Beifall der Anwesenden, er hätte es bisher vermieden, in der Sowjetzone zu sprechen, um „Kaiser“ keinen Gefallen damit zu tun. Auch hätte er es abgelehnt, an der Seite des „Komitees der Kämpfer für den Frieden“ und der „Nationalen Front“ zu kämpfen, um jenen Organisationen nicht zu schaden. Er würde aber jederzeit mit ihnen sprechen, denn es sei sehr gut möglich, daß die kommunistischen Friedensorganisationen zum Hauptträger der gesamten Friedensbewegung würden.

„Der Bonner Trick, jeden zum Kommunisten zu stempeln, der nicht nach der Regierungspfeife tanze, sei bisher sehr erfolgreich gewesen“. — „Wer aber im Sinne der „Friedensakademie“ geschult sei, mit dem würde kein Bonner Politiker fertig werden!“. Wie man sieht, spielt Dr. Koch hier mit offenen Karten. Vermutlich würde er im Sinne der Schulung der „Friedensakademie“ bestreiten, solche Äußerungen überhaupt getan zu haben und kein „Bonner Politiker“ würde erfolgreich einen Gegenbeweis antreten können, denn es wäre ihm nicht möglich, Zeugen dafür zu benennen. Es dürfte unbestreitbar sein, daß Dr. Koch einer der wichtigen Hintermänner ist, der in „überparteilichen“ Tarnorganisationen seine Rolle mit beachtlichem Geschick spielt. Umso notwendiger ist es, seine Rolle aufzuzeigen und vor ihm zu warnen.

Mit seinen Ausführungen hat Dr. Koch seine politische Heimat bereits bestimmt und die Vermutung liegt nahe, daß die enge Verflechtung mit dem evangelischen Kreis des Pastor Mochalski nur mit der Absicht, ganz bestimmte Einflußmöglichkeiten zu erschöpfen, erfolgt ist. Die Folge des Referates von Dr. Koch ist ein offener Brief, der von der Bochumer Tagung an die Bundesregierung, die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, die Parteien, den Bundesjugendring, den Landesjugendring Nordrhein-Westfalen, die deutsche Presse und den NWDR gerichtet wurde. Besonders bemerkenswert sind folgende Passagen aus dem „Offenen Brief“:

„Wir warnen die Regierung, die Jugend durch Einführung der Wehrpflicht zum **Widerstand** (!) zu zwingen.

Sollte dennoch ein Zwang ausgeübt werden, so erklären wir, daß wir jede Aufforderung zu einer **Musterung nicht beachten** werden. Wir werden unsere Eltern, Verwandten und Freunde bitten, keinen Abgeordneten mehr zu wählen, der für die Wiederaufrüstung und den Wehrdienst seine Stimme gibt.

Wir erklären weiter, daß wir uns keinesfalls an der Kriegsproduktion beteiligen werden.

Wir hoffen, daß die verantwortlichen Politiker nicht durch einen Verstoß gegen das Grundgesetz selbst die Grundlage unseres Staatswesens zerstören.

Die Einführung der Wehrpflicht ist völkerrechtswidrig und daher illegal.

Wir rufen die deutsche Jugend auf, sich in einer gemeinsamen Front gegen jede Wiederaufrüstung zusammenzufinden.

Wir wissen, daß die europäische Jugend ihre Augen heute auf uns richtet und erwartet, daß die deutsche Jugend sich nicht gegen ihr Gewissen noch einmal in einen Krieg führen läßt.“

Das „Westdeutsche Treffen der jungen Generation“

Dr. Koch ist auch im „Darmstädter Aktionskreis“ radikalster und wichtigster Redner neben Pastor Mochalski. In den „direkten Aktionen“, von denen er spricht, bilde sich nach seiner Meinung eine neue Stufe der Demokratie heraus.

Am 2. März 1952 fand auf Einladung des „Darmstädter Aktionskreises“ ein sogenanntes „Westdeutsches Treffen der jungen Generation“ statt, zu dem etwa 1 200 Teilnehmer aus dem Bundesgebiet mit 15 Omnibussen und ebenso vielen Personenkraftwagen erschienen waren. Die enormen Fahrtkosten der 1 200 Jugendlichen wurden von der KP getragen. Zur Tarnung wurde zu Spenden aufgerufen, die dann auch aus allen Richtungen eingingen. Niemand von den wirklich nichtkommunistischen Teilnehmern konnte ahnen, daß die Absender dieser Spenden das Geld zu diesem ausdrücklichen Zweck von der KP erhalten hatten. Auf diese Weise erfuhren selbst die Omnibusfahrer nicht, für welchen Zweck sie ihre Wagen zur Verfügung stellten.

Seit diesem Treffen hat Pastor Mochalski praktisch die Zügel an die KP abgegeben. Eine große Zahl von FDJ-lern nahm an dem Treffen teil und klatschte spontan Beifall, als Pastor Mochalski die Aufnahme von gesamtdeutschen Gesprächen mit der Jugend der Sowjetzone ankündigte.

Ost-West-Gespräch mit FDJ-lern

Die kommunistische Presse veröffentlichte seitenlange Berichte von der Tagung und pries die fortschrittliche Haltung und die Friedensliebe des „Darmstädter Aktionskreises“.

„Die Jugend muß zeigen, daß sie es leid ist, sich als Aushängeschild der Propaganda mißbrauchen zu lassen, ohne an den Entscheidungen beteiligt zu sein. Unsere Teilnahme muß bereits in dem Augenblick gewährleistet sein, in dem es um den Kurs des Schiffes geht und nicht erst dann, wenn es um die Anheuerung der Besatzung für das Schiff geht. Wir sind in Gefahr“, rief Mochalski der Jugend zu, „wieder ein Volk von Befehlsempfängern zu werden“. Die deutsche Jugend muß sich deshalb mit aller Entschlossenheit für eine Ächtung jeglicher Haßpropaganda zur Sicherung der Verständigung zwischen Ost und West einsetzen. Wir müssen endlich den Mut zum Bekenntnis einer persönlichen Überzeugung finden, denn nur dieser Mut bringt uns wirkliche Freiheit!“

„Wir haben es jedoch satt, durch Propaganda und Lüge weiter auseinandergerissen und weiter getrennt zu werden. Wir wollen nicht in eine Situation hineingebracht werden, unter der das unglückliche koreanische Volk zugrunde gegangen ist. Laßt uns den Schritt tun, wozu unsere Politiker nicht bereit sind:

Wir westdeutsche junge Generation laden die junge Generation Ostdeutschlands ein, mit uns zusammenzukommen und mit uns gemeinsam alle Wege einer gesamtdeutschen Lösung zu prüfen!“

Hier mußte Pfarrer Mochalski seine Rede minutenlang unterbrechen, denn in allen vier Konferenzsälen entstand ein solcher Jubel, und eine solche Begeisterung bei diesem Vorschlag, daß ein Weiterreden nicht möglich war.“

Obige Absätze wurden aus der kommunistischen Zeitung „Die Tat“ zitiert, die auf einer ganzen Seite über den Verlauf des „Westdeutschen Treffens der jungen Generation“ berichtete. Die neue Linie wurde mit einer Erklärung festgelegt, aus der nachfolgende Sätze zitiert werden:

„Die Darmstädter Aktionsgruppen wollen in allen Gegenden Deutschlands der Zusammenarbeit aller geeigneten aktiven Kräfte dienen, die Militarisierung, Rüstung und Rekrutierung für nutzlos und schädlich halten.

Die Darmstädter Aktionsgruppen fördern örtliche Aktionsgruppen überall dort, wo aktive Kräfte vorhanden sind. Ihr Bestreben ist dabei, die Zusammenarbeit über alle Grenzen des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens hinweg und durch alle Organisationen hindurch zu entwickeln und einen neuen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Willen lebendiger Zellen und Schwerpunkte zu schaffen. Diese Schwerpunkte sollen ein starkes Eigenleben entwickeln; für den notwendigen und sachdienlichen Zusammenhang und die besten Hilfen für eine allgemeine ordentliche Arbeit ist die Aktionszentrale in Darmstadt besorgt.

Die Darmstädter Aktionsgruppen sind unter Ausschluß von Verfechtern totalitärer Systeme und Ideologen zur Zusammenarbeit mit allen bereit. Weiten Bevölkerungskreisen soll die Möglichkeit gezeigt werden, wie das Volk verantwortungsbewußt an den Entscheidungsfragen der deutschen Politik mitwirken kann.“

Auf den letzten Absatz wird besonders hingewiesen, denn er zeigt, daß **Kommunisten als Anhänger eines totalitären Systems nicht offiziell an**

dem Darmstädter Kreis beteiligt sein können. Wie die Praxis jedoch zeigt, bezeichnen diese sich zur Tarnung als „Theologie-Studenten“ oder „Gewerkschaftsmitglieder“ und können als solche ungehindert tätig sein.

Demokratische Jugend unbewußt auf kommunistischen Pfaden

Es wurde auf diesem Treffen mit Nachdruck auf die große Zahl von Jugendorganisationen hingewiesen, die der Einladung Folge geleistet hatten und Delegierte entsandten, obgleich die Veranstalter sich natürlich darüber klar waren, daß die Teilnehmer persönlich eingeladen waren, größtenteils ohne jeglichen Auftrag von irgendeiner Organisation waren und darüber hinaus in einigen Fällen falsche Angaben gemacht hatten. Wenn beispielsweise die Teilnahme von Vertretern des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ sowie der Industriegewerkschaften Papier, Metall und Bergbau bekanntgegeben wurde, so ist das ebenso eine glatte Fälschung wie die Behauptung, daß die Gewerkschaftsjugend an diesem Treffen oder der sonstigen Tätigkeit des „Darmstädter Kreises“ beteiligt sei. Im Gegenteil, die Pressestelle des DGB veröffentlichte am 13. März 1952 zur Klarstellung und Verhinderung von Mißverständnissen eine Erklärung des Bundesjugendausschusses des DGB gegen eine Mitarbeit der Gewerkschaftsjugend im „Darmstädter Aktionskreis“, in der festgestellt wird, daß dieser in zunehmendem Maße einer kommunistischen Infiltration unterlegen sei. Mit besonderer Eindringlichkeit warnte der Bundesjugendausschuß des DGB vor einer Beteiligung junger Gewerkschaftler an den getarnten kommunistischen „Ausschüssen gegen die Rekrutierung der Jugend“. Auf dem „Westdeutschen Treffen der jungen Generation“ wurden noch andere demokratische Jugendorganisationen genannt, die angeblich Delegierte entsandt haben sollen. Dies trifft bei näherer Nachprüfung ebenfalls nicht zu, wenngleich nicht bestritten werden kann, daß Angehörige der „Naturfreundejugend“, der kath. Jugend, der evang. Jugend, der Falken, der Pfadfinder, der Gewerkschaftsjugend, der DRK-Jugend, der Deutschen Jungenschaft, dem Internationalen Versöhnungsbund und dem Bunde der Wehrdienstgegner an der Veranstaltung teilgenommen haben.

Das Recht junger Menschen, sich an Demonstrationen über so entscheidende Fragen, wie die der Wiederbewaffnung zu beteiligen, ist selbstverständlich. Es ist jedoch unmöglich, den Kampf und die Auseinandersetzung über diese Fragen gemeinsam mit Agenten jener Macht zu führen, gegen die die Verteidigungsmaßnahmen Westeuropas gerichtet sind: der Sowjetunion.

„Gemeinschaft zur Tat in letzter Stunde“

Nach der Sowjet-Note, in der die Sowjets die Aufstellung einer Deutschen National-Armee in einem wiedervereinigten Deutschland vorschlugen, trat die „Gemeinschaft zur Tat in letzter Stunde“ an die Stelle der „Ausschüsse gegen die Rekrutierung der Jugend“. Am 27. April 1952 fand eine Landestagung in Bochum statt. Auch hier war der ehemalige Theologiestudent Haumann neben einem Dr. Linne der Hauptreferent. Diese Tagungen vollzogen sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Fahrtkosten und Spesen wurden den Teilnehmern ersetzt. In Bochum wurde einem jungen Redner sofort **das Wort entzogen, als er sagte**, alle bisherigen Bemühungen um den Frieden seien vergeblich gewesen, da die Sowjetregierung den Deutschen im letzten Friedensangebot selbst eine **neue Wehrmacht** angeboten habe. **Das sei ein Faustschlag in das Gesicht aller Friedensfreunde.**

Am Tage vor dem geplanten Essener Treffen fand in Düsseldorf eine Landesratssitzung der „Gemeinschaft zur Tat in letzter Stunde“ statt, zu der ebenfalls nur Zutritt erhielt, wer eine Einladung vorweisen konnte. Dem Präsidium gehörten u. a. an: der völlig unter kommunistischem Einfluß stehende Dr. Dr. Hilarius Rady, Düsseldorf, der bekannte Arnold Haumann aus Dortmund, der Kommunist Bruno Hilt und der Kommunist Buder, Düsseldorf. Dr. Rady als Hauptreferent gab auf dieser Veranstaltung die Erklärung ab, der drohende Generalstreik könne nur mit einem Generalstreik der Arbeiterschaft abgewehrt werden. Diese Erklärung wurde in der Diskussionsrede von dem Kommunisten Buder ergänzt, der praktische Vorschläge zur Mobilisierung der Arbeiterschaft machte. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Buder die Versicherung abgab, daß Pastor Mochalski und Pastor Meier am 11. Mai 1952 trotz Verbot sprechen würden, eine Bemerkung, die nicht substantiiert war, da Buder wissen mußte, daß sich zumindest Pastor Mochalski bereits auf dem Wege nach Ostberlin befand. Ferner machte Buder darauf aufmerksam, daß es **für jeden Friedensfreund Pflicht sei, die Oder-Neiße-Linie als Friedensgrenze anzuerkennen und zu propagieren.** Diese Grenzziehung sei eine gerechte Wiedergutmachung der von den Deutschen in Polen verübten Verbrechen.

Auch an dieser neuen Organisation wirken junge Menschen mit, die nicht unbedingt als Kommunisten angesprochen werden können. Durch die kommunistische Terminologie und durch die allmähliche Aufhellung des kommunistischen Hintergrundes werden sie aber eines Tages zu der Erkenntnis kommen müssen, daß ihr **Friedenswille und ihr Idealismus** für Zwecke **mißbraucht** wurde, die rein kommunistische sind.

Vorbereitung des Essener Treffens

Auf der Mathilden-Höhe in Darmstadt war bereits von einem geplanten großen Treffen der jungen Generation gesprochen worden. Aber weder hierfür noch für das angekündigte „gesamtdeutsche Gespräch“ wurde ein bestimmter Termin genannt. Die Entscheidung hierüber fiel erst Ende April. Am 30. April 1952 lud Pastor Mochalski je einen Vertreter der Landesarbeitskreise kurzfristig zum 1. Mai 1952 zu einer Arbeitstagung ein. Auf dieser Tagung kündigte er die Durchführung der Protestdemonstration in Essen — der „Jugendkarawane“ für den 11. Mai 1952 an. Außerdem informierte er die Teilnehmer bei strengster Verpflichtung zur Geheimhaltung darüber, daß das „gesamtdeutsche Gespräch“ am 10. und 11. Mai 1952 in Ostberlin stattfinden wird. Die westdeutsche Delegation werde unter seiner Führung stehen, es solle aber versucht werden, Vertreter anderer westdeutscher Organisationen und auch Regierungsstellen für eine Teilnahme zu gewinnen. Alle Vorbereitungen wurden streng geheimgehalten. Erst am 11. Mai sollte als Propagandaschlager durch alle Zeitungen und über alle Sender die Meldung über das stattgefundene Gespräch verbreitet werden, und zwar gleichzeitig mit den Veröffentlichungen über die Protestveranstaltung in Essen. Am 8. Mai 1952 meldete Arnold Haumann die geplante Kundgebung beim Ordnungsamt der Stadt Essen an.

Obwohl die Kundgebung bereits am 9. Mai 1952 von der Landesregierung verboten wurde, setzte der KP-Apparat den vorbereiteten Aktionsplan der FDJ in Kraft, Omnibusse wurden gemietet, die Teilnahme anderer Jugendlicher veranlaßt, das Aktionsprogramm durchgesprochen und verabredet, auf alle Fälle die Kundgebung in Essen durchzuführen. Obwohl die Polizei zahlreiche Omnibusse vor der Stadt anhielt und zum Umkehren veranlaßte, strömten tausende junger Menschen in die Stadt und sammelten sich an verschiedenen Plätzen.

Die gesamte KP-Presse rief, wie erwähnt, trotz Verbot zur Teilnahme auf. Jeder mußte sich, zumal nach dem Empfang durch die Polizei vor den Toren der Stadt, darüber klar sein, daß er sich an einem illegalen Unternehmen beteiligt und mußte daher mit Konsequenzen rechnen.

Als die Essener Vorfälle passierten, war Arnold Haumann bereits in Berlin. Er reiste unmittelbar nach der Sitzung des Landesrates der „Gemeinschaft zur Tat“ in Düsseldorf nach Berlin, um an der „gesamtdeutschen Beratung“ teilzunehmen. Inzwischen hatten Dr. Heinemann und Pastor Meier ihre Zusagen zurückgezogen, auf der Kundgebung zu sprechen, Heinemann hatte sich sogar davon überzeugen müssen, daß die Gefahr der kommunistischen Infiltration nicht abzuwehren ist und die Kommunisten mit illegalen und verwerflichen Mitteln die Führung an sich gerissen hatten und Gesicht und Inhalt der Kundgebung bestimmten.

Die Essener Kundgebung fand statt, weil das Zentralkomitee der SED die Demonstration ausdrücklich gewünscht hat. Zwischenfälle sollten provoziert werden. Die Jugendlichen wurden ermuntert, in die bereitstehenden Omnibusse nach Essen zu steigen, obwohl der „Apparat“ sich über mögliche Komplikationen völlig im Klaren war. Spesen und Fahrtgelder wurden großzügig gezahlt. Die Finanzierung vollzog sich technisch so, daß z. B. die FDJ-ler aus Heilbronn mit einem Omnibus als „Kleingärtner“ getarnt, nach Essen fuhren. Der Omnibusfahrer bekam von der KP DM 500,—. Der Rest von DM 300,— wurde durch Sammelisten aufgebracht. Der Omnibusbesitzer, der die FDJ-ler von Heidelberg nach Essen brachte, erhielt bei Beginn und nach Beendigung der Fahrt je DM 300,—. Auch die Teilnehmer selbst erhielten Spesen in reichlicher Bemessung.

Haumann hat behauptet, der Kommunist Hülskämper, der an der Organisation des Treffens wesentlich beteiligt war, habe durch Sammlungen bei Industriellen ca. DM 50 000,— zusammengebracht. Das kann, wenn es auch Industrielle genug gibt, die am Ost-West-Handel verdienen, nur eine Verschleierung dafür sein, daß das Geld von kommunistischer Seite kam.

Pastor Meier, der ursprünglich an der Tagung teilnehmen wollte, hat, einer dpa-Meldung zufolge, erklärt, daß die Zwischenfälle durch das Verbot und den Einsatz der Polizei herausgefordert worden seien. Das ist jedoch keineswegs sicher angesichts der Sondertruppen der FDJ, die zu Provokationen herausfordern sollten. Wenn Pastor Meier der Meinung ist, daß dem Präsidium der „Jugendkarawane“ gegen den Generalvertrag kein Kommunist angehört, dann mag er sich bei Dr. Heinemann Aufschluß darüber holen, wie falsch seine Meinung ist. Hülskämper als einer der Organisatoren ist eingeschriebenes Mitglied der KP. Die verbotene kommunistische FDJ wäre ohne jeden Zweifel auch ohne ein Verbot der Kundgebung in Erscheinung getreten und hätte dafür gesorgt, daß eine eindeutig kommunistische Veranstaltung entstanden wäre.

Das „gesamtdeutsche Gespräch“ in Berlin

An diesem Gespräch nahmen von Seiten der „Darmstädter Aktionsgruppe“ teil:

Pastor Mochalski	Leiter der „Darmstädter Aktionsgruppe“
Dr. Nikolaus Koch	Stellvertreter
Arnold Haumann	Präsidiumsmitglied
Heinz Krämer	Präsidiumsmitglied

Teilnehmer auf der Seite der Sowjetzone waren:

Erich Honecker	Vorsitzender des Zentralrates der FDJ
Gerald Götting	Mitglied des Zentralrates der FDJ und Generalsekretär der Ost-CDU
Manfred Gerlach	Mitglied des Zentralrates der FDJ und Vorstandsmitglied der LDP, Bürgermeister von Leipzig

Die Auswahl der Teilnehmer auf der Ostseite erklärt sich aus der Forderung Mochalski's, daß 50 % der Gesprächspartner der FDJ, 25 % der evangelischen und 25 % der katholischen Jugend angehören sollten. Wie dieser Forderung entsprochen wurde, ist ein überzeugender Beweis für die Bereitschaft der Kommunisten in formalen Dingen nachzugeben. Praktisch waren jedenfalls nur führende FDJ-Vertreter anwesend. Über das Ergebnis der Besprechung liegt uns vom „Darmstädter Aktionskreis“ keine Erklärung vor. Dem Vernehmen nach sei Pastor Mochalski bei den Vertretern der Sowjetzone auf erheblichen Widerstand gestoßen. Mochalski habe erklärt, nur mit dem bestehenden Präsidium arbeiten zu wollen. Eine Mitarbeit der KP, die im übrigen im Westen keine Resonanz habe, habe er abgelehnt. Auf Grund der Meinungsverschiedenheiten seien endgültige Beschlüsse bei dieser Besprechung nicht gefaßt worden. Pastor Mochalski sei dann wieder nach Westdeutschland zurückgekehrt, während Dr. Koch und Arnold Haumann weitere Gespräche mit den Ostzonenfunktionären führten. Erst nach der Abreise Mochalski's sei ein anderer Ostzonenfunktionär eingeschaltet und sämtliche Forderungen Mochalski's schließlich mit kleinen Abänderungen angenommen worden.

Die kommunistische Presse veröffentlichte einen ausführlichen Bericht über das Ost-West-Gespräch, aus dem die wichtigsten Absätze zitiert werden, ohne Kenntnis, ob Pastor Mochalski mit ihm übereinstimmt:

„Während in Essen Schüsse krachten und junge Deutsche durch Polizeikugeln niedergestreckt wurden, traten in Berlin Vertreter der west- und der ostdeutschen Jugend zu gemeinsamen Beratungen zusammen. Zweck dieser Fühlungnahme war die Prüfung aller Möglichkeiten zur friedlichen Lösung der deutschen Frage. Die Initiative zu diesen Besprechungen war von dem großartigen „Treffen der westdeutschen Jungen Generation“ ausgegangen. Rund 2 000 Delegierte fast aller westdeutschen Jugendorganisationen hatten in Darmstadt einstimmig und unter jubelndem Beifall be-

schlossen, mit der Jugend der DDR in Verbindung zu treten und das zu tun, was die Politiker bisher nicht taten: sich zusammenzusetzen, gemeinsam zu beraten und gemeinsam eine gesamtdeutsche Lösung zu finden . . .

Übereinstimmung zwischen den west- und ostdeutschen Vertretern wurde in folgenden Punkten festgestellt:

1. Forderung von Viermächte-Verhandlungen mit dem Ziel, Deutschland wieder zu vereinigen durch gleiche, freie, geheime, allgemeine und direkte Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung.
2. Innerdeutsche Gespräche und Verhandlungen auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene. Die westdeutsche Delegation wird die westdeutsche Regierung noch eindringlicher als bisher ersuchen, glaubwürdig und ernsthaft auf die Vorschläge der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik einzugehen.
3. Ohne Beteiligung des deutschen Volkes darf keine Entscheidung in lebenswichtigen Fragen getroffen werden. Der Generalvertrag und alle Abmachungen, die die Wiedervereinigung Deutschlands gefährden, werden verworfen, alle Bestrebungen für einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland werden unterstützt.
5. Jede haßerzeugende Propaganda soll geächtet werden.
6. Der Ost-West-Handel muß intensiviert werden.

Die westdeutsche Delegation schlug in dem Wunsche nach einer gesunden und für alle Nachbarn tragbaren Mittelstellung Deutschlands zwischen Ost und West noch folgende Leitsätze vor:

1. Die Sowjetunion muß die Gewißheit gewinnen, daß das deutsche Rüstungspotential keiner Mächtegruppierung eingegliedert wird, welche die Sowjetunion als gegen sich gerichtet empfindet.
2. Frankreich und die Westmächte müssen die Gewißheit gewinnen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland sich nicht einem Ostblock eingliedert und keine Gefahr für den Westen darstellt.

3. Solange weltpolitische Gegensätze zwischen Ost und West nicht friedlich beizulegen sind, verschärft nicht nur jede teildeutsche, sondern auch eine gesamtdeutsche Wiederaufrüstung die vorhandenen Spannungen.

Zu diesen Punkten gab die ostdeutsche Delegation die Erklärung ab, daß Punkt 1 und 2 mit den Vorschlägen der Sowjetunion für einen deutschen Friedensvertrag völlig im Einklang stehen. Der Sinn des Friedensvertrags-Vorschlages der Sowjetunion liege ja gerade darin, ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus zu verhindern. Zu Punkt 3 erklärte die ostdeutsche Delegation:

Falls der Generalvertrag nicht verhindert und damit die erhöhte Gefahr eines Krieges heraufbeschworen wird, sieht sich die Deutsche Demokratische Republik gezwungen, im Interesse der Erhaltung des Friedens ihre eigene bewaffnete Verteidigung zu organisieren.

Die Verhandlungen, die am 10., 11. und 12. Mai teils in West- und teils in Ostberlin stattfanden, sollen fortgesetzt werden.

Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen wurde für die westdeutsche Delegation unterzeichnet von den Mitgliedern des Präsidiums des Treffens der jungen Generation Westdeutschlands: Dr. Nikolaus Koch, Arnold Haumann und Heinz Krämer. Für die ostdeutsche Delegation unterzeichneten Erich Honecker, Gerhard Götting und Manfred Gerlach.

Schlußbemerkung

Die KP und ihre Auftraggeber in der Sowjetzone versuchen als Werkzeuge der KPdSU — im Sinne der „baldigen Herbeiführung der Weltrevolution“ — in Deutschland eine Krisensituation herbeizuführen. Dazu ist den Stalinisten jede Gelegenheit, jedes Mittel und jede Gruppe recht, die sie für ihre Zwecke mißbrauchen können.

In immer wachsendem Maße versuchen sie, Jugendliche, Frauen und Kinder für ihre Zwecke zu mißbrauchen und deren Begeisterungsfähigkeit, Idealismus und Aufgeschlossenheit auszunutzen.

Die kommunistischen Aktionen gegen Generalvertrag und Remilitarisierung appellieren an den Friedenswillen der jungen Menschen. Die Kommunisten vertuschen, daß sie nicht den Kampf gegen den Krieg, sondern die Brechung des Widerstandes gegen ihre Aggressions-Ab-sichten wollen.

Wer die Rede des Generalsekretärs und stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Walter Ulbricht, vor dem sogenannten 4. Jugend-

parlament der FDJ in Leipzig gehört hat, dem wird der unversöhnliche Haß und die Feindschaft gegen den Westen, auch den westlichen Teil Deutschlands, aufgefallen sein, die in einer ekelerregenden und abstoßenden Sprache zum Ausdruck kamen. Es geht Ulbricht ausschließlich um die Erringung der Macht in der Bundesrepublik, um dann eine Einheit im sowjetischen Sinne herbeizuführen. Da die KP aber nicht Aussicht auf eine parlamentarische Mehrheit hat, sondern vielmehr so schwach ist, daß ihr selbst die Schaffung einer terroristischen Atmosphäre nicht gelingt, muß der sowjetische Apparat andere Möglichkeiten suchen, über Unruhen, Terror und andere gewaltmäßigen Methoden zu einer Art „Aktionseinheit“ zu kommen.

Diese Methoden sind festgelegt worden auf dem letzten Parteitag der KP, der im Mai 1951 in Weimar stattfand. In den „57 Thesen“ bildete die Herstellung der „Aktionseinheit“ einen der wichtigsten Punkte. Unter Aktionseinheit verstand man die Gewinnung von Mitarbeitern aus anderen an sich demokratischen Organisationen, ohne daß diese gewahr wurden, daß sie sich für kommunistische Interessen einsetzten. Wie weit die Kommunisten in dieser Hinsicht auf Geheiß des Politbüros der SED, das die Thesen ausgearbeitet hatte, ging, zeigen folgende Zitate aus den Thesen:

(33) Für den Kampf gegen die Remilitarisierung müssen die Friedenskomitees wesentlich verstärkt werden durch die Einbeziehung von Vertretern verschiedener Organisationen und Schichten der Bevölkerung . . .

(34) Es ist trotz aller Schwierigkeiten dringend erforderlich, daß die Kommunisten und die mit ihnen Sympathisierenden sowie überhaupt alle Anhänger des Friedens und der Einheit Deutschlands in allen anderen — selbst in reaktionären — Organisationen arbeiten, wenn diese Massen von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen umfassen. Das ist auch dann notwendig, wenn diese Organisationen gegenwärtig noch gegen die Politik der fortschrittlichen Kräfte der Friedensbewegung, der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands auftreten, nicht zu reden von ihrer Stellung gegen die kommunistische Partei. . . .

Das hiermit vorgeschriebene und auf dem KP-Parteitag natürlich angenommene Programm führte in dem ersten Jahr zu keinem nennenswerten Erfolg, weil die kommunistische Beherrschung und Führung der

Tarnorganisationen allzu offenbar war und jeder sofort abgestempelt war, der sich an einem solchen Unternehmen beteiligte. Das „Westdeutsche Friedenskomitee“ z. B. ist nur die Untergliederung einer zentralen Organisation in Ostberlin, die wiederum der Weltfriedensbewegung, die von Moskau 1949 ins Leben gerufen wurde, untergeordnet ist. Sitz der Weltfriedensbewegung aber ist Prag. Die „Nationale Front“ andererseits entstand aus den Volksbefragungsausschüssen der Sowjetzone und ist ebenfalls mit der Zentrale in Berlin beheimatet. Nur verhältnismäßig wenige bürgerliche Persönlichkeiten, zu denen der ehem. Kap. Lt. v. Mücke und der ehem. Luftwaffengeneraal Hentschel gehören, beteiligten sich an diesem Unternehmen.

Darauf wurde wiederum auf sowjetische Initiative das Verfahren verfeinert. Künftig darf kein bekannter Kommunist an führender Stelle in diesen Organisationen tätig sein. Neue Leute aus der Sowjetzone, westdeutsche FDJ-ler, auf SED-Schulen ausgebildet, traten an deren Stelle. Seither ist die Entlarvung, und zwar die glaubwürdige und beweiskräftige Entlarvung solcher „Friedensorganisationen“ und anderer, die gegen den Generalvertrag und gegen einen Wehrbeitrag kämpfen, erheblich erschwert. Man muß jetzt auch damit rechnen, daß fellow-travellers, die längst mitfahren wollten, sich nur nicht getrauten, jetzt in größerem Maße aktiv werden.

Nach der vorstehenden Darstellung können keine Zweifel über die weitgehende kommunistische Infiltration im „Darmstädter Aktionskreis“ bestehen. Die Gründer hätten in Darmstadt, Essen und Berlin ausreichend Gelegenheit gehabt, sich durch eindeutige Erklärungen gegen den Mißbrauch der Sowjetzonen-Jugend zu distanzieren, die in Leipzig mit geschulterten Gewehren an Ulbricht vorbeidefilieren mußte. Sie könnten sich dagegen äußern, daß die Sowjetzonenregierung den Bewohnern der Sowjetzone die Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart und an der Tagung des Lutherischen Weltbundes in Hannover durch Nichtgenehmigung von Anträgen für Interzonenpässe unmöglich macht und damit erneut praktische Beweise für ihre tatsächliche Bereitschaft zu „gesamtdeutschen Gesprächen“ liefert. Solange darüber hinaus der „Darmstädter Aktionskreis“ nicht gegen die Bewaffnung der Nationalen Volksarmee, gegen die Schließung der Grenzen und gegen die Austreibung tausender unschuldiger Menschen von Haus und Hof im Sowjetzonen-Grenzgebiet protestiert, muß der „Darmstädter Aktionskreis“ als das angesehen werden, was er durch seine erwiesene praktische Tätigkeit geworden ist: eine Filiale der kommunistischen Partei, in der sich die Vertreter der 5. Kolonne Stalins ungestört betätigen können. Wer mit den Kommunisten verhandelt und gemeinsamen Aktionen zustimmt, stellt sich außerhalb der Reihen der Freunde der Demokratie, die in der Front gegen den sowjetischen Aggressionsdrang stehen.